



Welteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Obersch. monatl. 3½ Zloty, im Vorraus zahlbar 2½ Zloty. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 3½ Zloty — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einzige mm-Seite 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einzige mm-Seite 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Heimatsanzeige im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Belegungsgebühr 4,— GM 100. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Auktions oder bei Konkurs fällt jede Auktionsbewilligung für

Reine Lösung der Preußentrifte

Cb. Berlin, 9. Februar. (Eig. Ber.) Nach dem es Herr Horion abgelehnt hat, die Kabinettbildung in Preußen zu übernehmen, sollte der frühere Reichskanzler Marx den Versuch machen, gestützt auf die Weimarer Koalition, eine Regierung zustande zu bringen. Auch Marx scheint den an ihn ergangenen Ruf ablehnen zu wollen, jedenfalls wird heute der Name Foos genannt, Kölner Spitzenkandidat des Zentrums.

Hinter die Kulissen

Dauernde Beziehung des Rheinlandes

er Berlin, 7. Februar.

Ein Schweizer Mitarbeiter schreibt mir: Am Donnerstag dieser ablaufenden Woche ist die ständige beratende Militärratkommission des Völkerbundes zusammengetreten. Die Kommission setzt sich zusammen aus altesten Offizieren des Bundesheeres, der Flottille und des Fliegerregiments. Die Offiziere erhalten ihre Anweisungen nicht etwa von den Außenministern ihrer Länder, sondern von den Kriegsmännern. An die Kommission ist ein technisches Bureau angegliedert, in welchem eifrig zeitungsende und reichende Militärratshäuser sind. Fast sieht es aus wie ein Generalstabssquartier. Vorrangig sollte die ständige Militärratkommission sich mit der Abwicklung des frage beschäftigen. Da man aber den Militärs auf die Dauer nicht zumutten könnte, Abmilderungsverschläge zu machen und darum an dem Maß zu legen, auf dem sie sitzen, schuf man eine "zeitliche gemischte Kommission", die sich aus Civilen und militärischen zusammenstellt. Auch ihr war kein langes Leben beschieden. Die ständige Militärratkommission wurde eifrigstig, intrigantisch gegen sie u. erzwang ihre Auflösung. An ihre Stelle trat zur Behandlung der Abmilderungsfrage die sogenannte Koordinationskommission, in die einige Mitglieder der ständigen Militärratkommission zur "Aufschl. abnominiert wurden. Diese Koordinationskommission wird am 16. Februar ihre Tätigkeit beginnen. Ihre Aufgabe ist die Aufklärung und Feststellung der privaten Waffenfabrikation sowohl in den alliierten als auch ganz befördert — darauf kommt es an — in den "verdächtigen" Ländern.

Wer zurück zu der Militärratkommission, der ständigen Kommission für die militärischen Luftfahrt- und Schiffsfragen. Diese Militärratkommission verdaute ihre Entstehung dem Artikel 23 des Verfaßter Vertrages und den Mehrheitsbeschlüssen der beiden letzten Völkerbundstagungen. Sie soll eine dauernde Einrichtung werden und vor allem die künftige Militärratkontrolle über Deutschland ausüben. Natürlich auch über die anderen Länder, mit welchen sogenannte Friedensverträge abgeschlossen wurden. Damit man gleich weiß, was die Glorie geschlagen hat, ist heute schon vorgesehen, daß die Militärratkontrolle des Völkerbundes, farbenwechselnd wie ein Chamäleon, für Deutschland einen Franzosen, für Österreich einen Italiener, für Ungarn einen Engländer, für Bulgarien einen Spaniern stellen wird.

Was hat die Militärratkommission des Völkerbundes in den nächsten Tagen zu tun? Das "General Journal", offenbar von maßgebendem Seite, nämlich von Frankreich unterrichtet, weist darüber folgendes zu sagen: Die Kommission ist beauftragt, die Abwendung der ersten fünf Abzüchtungen der vom Völkerbundsrat am 27. September vorigen Jahres angenommenen Entschließungen auf die durch den Verfaßter Vertrag entmilitarisierte Rheinlandzone zu bestimmen. In den fünf Abschnitten dieses Beschlusses wird festgestellt, daß die Vorschriften der jeweiligen Unterforschungskommission gewisse ständige Elemente (Elementa stabiles) an diejenigen Punkte beordern können, wo sich eine dauernde Unterforschung als notwendig erwies. Die Kommission kann somit bestimmen, an welchen Punkten des deutschen Gebietes die Kontrolle eine ständige sein soll. Somit ergibt sich die überraschende Tatsache, daß nach dem Aufhören der interalliierten Rheinlandbefreiung eine neue dauernde Okkupation am Rhein unter den Aufsichten des Völkerbundes Platz greifen soll.

Das heißt also, das Rheinland bleibt dauernd besetzt! An die Stelle der jetzigen Besatzungsgruppen rücken die Schutzgarden für die Völkerbundskommission. Da der Völkerbund keine eigene Schutztruppe etwa im Stile der päpstlichen Schweizergarde besitzt, werden die künftigen Kontrolltruppen am Rhein Franzosen, Belgier und Engländer sein. Es bleibt also alles, wie es ist. Nur gibt der Völkerbund, der nachgerade vollständig im Schlepptau der französischen Politik segelt, seinen Segen dazu. Was sagt man in Deutschland zu dieser Wendung? Weiß die Berliner Regierung, was zurzeit hinter den Kulissen vorgeht und welchen Zug gedenkt sie nun auf dem diplomatischen Schachbrett zu tun?

Uneinigkeit im Reichskabinett

C. Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht). Neben die Handelsvertragspolitik bestehen in der Reichsregierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die Minister Scheele und Rauch stehen im Gegensatz zu dem Standpunkt der Industrie und des Handels. Auch der Reichswirtschaftsminister Schaus hat sich der Industrie-Auffassung angeschlossen, obwohl er der Deutschnationalen Partei angehört. Zu welchen Folgen die Gegensätze führen werden, kann noch nicht übersehen werden.

Zur Preußenkrise

Berlin, 9. Februar. (Drahtmeldung). In den parlamentarischen Kreisen des Preußischen Landtages verlautet, daß der von den Deutschen Nationalen beantragte Antrag auf Auflösung des Landtages wenig Aussicht auf Annahme habe. Die Deutschen Nationalen werden einen weiteren Antrag des Reichstagsabgeordneten Lange-Hegemann, der der Teilnahme am Betrag und Nutzen beschuldigt ist, legt ein Haftantrag des Staatsanwaltschaft nicht vor. Für heute mittags ist der Berliner Polizeipräsident Richter zu erneuter Vernehmung nach Moabit abladen worden. Gegen ihn ist ein Strafverfahren nach § 322 des Strafgesetzbuches eingestellt. Die Vernehmung wird darin erwartet, daß er von den Barmats Gelde zum eigenen Wohnungsbau angehört hat, was er als Beamter nicht tun durfte, umsonstiger, als gegen die Barmats fortgesetzte Beitrags- und andere Anzeigen bei der Polizei eingegangen sind. Offiziell der Vernehmung des früheren Reichskanzlers Bauer liegt eine Entfernung des Staatsanwaltschaft noch nicht vor. Bei Herrn Bauer haben in den letzten Tagen Haussuchungen stattgefunden. Wie wir weiter erfahren, hat das Finanzamt gegen eine Anzahl schwer belasteter Politiker die Strafverfolgung verhängt, weil sie dringend der Steuerhinterziehung verdächtig sind. Auch Postminister a. D. Hoecke ist bereits eröffnet worden, daß gegen ihn auch ein Verfahren wegen Steuerbetruß schwert; ebenso dem früheren Reichskanzler Bauer.

TU. Riga, 8. Februar. Der belgische Sozialist Huyssen teilt im Hause mit, daß er zum Amtsempfang Sozialistengongress Barmat einen Brief für den Reichspräsidenten Ebert nach Berlin mitgegeben habe, in dem die deutsche Sozialdemokratie erfuhr, ihre Stellungnahme zu den Versailler Friedensvertragsverhandlungen bestimmt zu geben.

Barmat-Skandal

C. Berlin, 9. Februar. (Eig. Ber.) In der Barmat-Kauftafel-Märe liegen heute früh eine Anzahl schwerwiegender Meldungen vor. Am Samstagabend hat der Antrag der Staatsanwaltschaft an den Reichstag Moabit verlassen, der die Auflösung der Immunität der Beiratsteilnehmer und Abgeordneten Hoecke und Lange-Hegemann verlangt. Herr Hoecke wird eines schweren Verbrechens nach § 322 des Strafgesetzbuches beschuldigt, was mit Buchstaben bis zu 5 Jahren bedroht ist. Gleichzeitig fordert der Antrag der Staatsanwaltschaft auf die Eröffnungstimmer des Barmats die Befreiung des Barmats Hoecke, wodurch der zu erwartenden hohen Strafe Fluchtveracht begründet ist. Gegen den Reichstagsabgeordneten Lange-Hegemann, der der Teilnahme am Betrag und Nutzen beschuldigt ist, liegt ein Haftantrag des Staatsanwaltschaft nicht vor. Für heute mittags ist der Berliner Polizeipräsident Richter zu erneuter Vernehmung nach Moabit abladen worden. Gegen ihn ist ein Strafverfahren nach § 322 des Strafgesetzbuches eingestellt. Die Vernehmung wird darin erwartet, daß er von den Barmats Gelde zum eigenen Wohnungsbau angehört hat, was er als Beamter nicht tun durfte, umsonstiger, als gegen die Barmats fortgesetzte Beitrags- und andere Anzeigen bei der Polizei eingegangen sind. Offiziell der Vernehmung des früheren Reichskanzlers Bauer liegt eine Entfernung des Staatsanwaltschaft noch nicht vor. Bei Herrn Bauer haben in den letzten Tagen Haussuchungen stattgefunden. Wie wir weiter erfahren, hat das Finanzamt gegen eine Anzahl schwer belasteter Politiker die Strafverfolgung verhängt, weil sie dringend der Steuerhinterziehung verdächtig sind. Auch Postminister a. D. Hoecke ist bereits eröffnet worden, daß gegen ihn auch ein Verfahren wegen Steuerbetruß schwert; ebenso dem früheren Reichskanzler Bauer.

Rückhaltung deutscher Eigentums

TU. Berlin, 8. Februar. Die Morgenblätter melden aus Washington: Die Einbringung des Antrages Boraß über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums hatte im Senat eine Debatte über auswärtige Angelegenheiten eine Debatte zur Folge, in der der demokratische Senator Schomburg erklärte, die Regierung habe gemäß den Bestimmungen des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages nicht das Recht, das Eigentum zurückzugeben. Der Demokrat Simon erklärte, das Eigentum solle so lange beschlagnahmt bleiben, bis Deutschland die Sicherung abgegeben habe, daß es die amerikanischen Schadeneriausprächen zu bezahlen beabsichtige. Konferenz der Balkan-

TU. Riga, 8. Februar. Für den 12. Februar ist eine Konferenz der baltischen Staaten unter Zusammenschluß Polens nach Riga einberufen worden. Litauen wird zu dieser Konferenz 6 und das Meißebiet 2 Delegierte entsenden.

Die Kriegsgefahr

auf dem Balkan

TU. Berlin, 8. Februar. Der Lokal-Anzeiger meldet aus Sofia: Kommunisten griffen den Griechen an, die 12 km von der jugoslawisch-balkanischen Grenze entfernt liegen, an. Sie töteten 2 Griechen, einen Polizeibeamten und verletzten einen weiteren Polizeibeamten schwer. Die Unruhen wurden gebläst. Den Behörden gelang es, die Angestellten mit Gewehren zu umzingeln und sechs von ihnen wurden gefangen genommen.

Vereitelter Kommunisten-Angriff

TU. Berlin, 8. Februar. Die Morgenblätter melden aus Sofia: Kommunisten griffen den Griechen an, die 12 km von der jugoslawisch-balkanischen Grenze entfernt liegen, an. Sie töteten 2 Griechen, einen Polizeibeamten und verletzten einen weiteren Polizeibeamten schwer. Die Unruhen wurden gebläst. Den Behörden gelang es, die Angestellten mit Gewehren zu umzingeln und sechs von ihnen wurden gefangen genommen.

Gerrits London-Reise

Cb. (Eig. Ber.) Genf, 9. Februar. Der Pariser Intransigeant glaubt, daß auch der Kriegsminister Mollet Gerrit nach London begleiten werde, woraus man schließt, daß auch die Sicherheitsfrage besprochen werden soll, sowie die Frage der Räumung Südsudan und des Nahrgebietes. Das Petit Journal glaubt, es sei sicher, daß die englische Regierung verlangen werde, einen Zeitpunkt für die Räumung der Südsudan Zone festzusetzen.

Ziele der Jugend

SS Gleiwitz, 8. Februar. Bei der Akademietagung der Deutschen Burschenschaft hat der Reichsausserminister Dr. Stresemann eine bedeutende Rede gehalten, die sich besonders an die akademische Jugend richtete. Er ging aus von der gegenwärtigen Un Sicherheit und Ruhelosigkeit, die unsere revolutionäre Zeit in Gegenwart stelle zu der Nachkriegszeit der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts; damals hätte die Jugend "seine Schemata" für die Heldenverehrung gehabt, während sie jetzt sich den Weg selbst suchen müsse. Auf der einen Seite liege das Extrem des Sozialismus, der als eine Klassenbewegung die Angehörigen der anderen Volksgruppen von sich abstoßen habe, auf der anderen Seite das Extrem des "hohen und verläufigen" Nationalismus. Dr. Stresemann ermahnte die Jugend zur Staatsbelebung, zur Selbstüberwindung durch Mitarbeit unter Pflichten; Kampf um die Staatsform wäre jedi-